



Länderfallstudie zur Krise

Dänemark

Diese Länderfallstudie ist eine der Studien, die im Rahmen des IVSS-Krisenmonitors durchgeführt wurden

Internationale Vereinigung für soziale Sicherheit, Genf, 2010

DANKSAGUNG

Die Studie wurde unter der Verantwortung der IVSS-Beobachtungsstelle verfasst.

Vorbereitet wurde die Studie von Alan Wood (Internationaler Konsulent).

Ian Orton war verantwortlich für das Projektmanagement.

Die Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) ist die weltweit führende internationale Organisation, die nationale Verwaltungen und Träger der sozialen Sicherheit zusammenbringt. Die IVSS stellt Information, Forschung und Expertenwissen sowie Foren für die Mitglieder zur Förderung einer dynamischen sozialen Sicherheit auf internationaler Ebene bereit.

Die IVSS-Länderfallstudien sind Teil des IVSS-Projektes *Krisenmonitor*, das den Einfluss der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die soziale Sicherheit verfolgt und analysiert. Die Studien verwenden Daten und Forschungsergebnisse aus dem Zeitraum Juni 2009 bis Anfang 2010. Es wurde alles unternommen, um die Richtigkeit der Fallstudien sicherzustellen, doch die Lage in den einzelnen Ländern ändert sich ständig.

Die hier verwendeten Bezeichnungen, die der Praxis der Vereinten Nationen entsprechen, sind keinesfalls als Meinungsäußerung der IVSS zu verstehen zur rechtlichen Situation eines Landes, einer Region oder eines Territoriums oder deren Behörden, oder betreffend die Festlegung ihrer Grenzen.

Diese Fallstudie ist Teil einer Serie, die verfügbar ist unter: <http://www.issa.int/Ressourcen>. Die Nutzungsbedingungen sind auf der Website aufgeführt. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen nicht unbedingt jenen der IVSS oder ihrer Mitglieder.

IVSS-Fallstudie zur Krise: Dänemark

Zusammenfassung

Im dritten Quartal 2008 war Dänemark offiziell das erste Land, dessen Wirtschaft infolge des Zusammenbruchs des Immobilienkreditmarktes in den USA in die Rezession ging. Die Arbeitslosigkeit stieg auf mehr als das Doppelte, von 1,8 Prozent im Jahre 2008 auf 3,9 Prozent im Jahre 2009, und belastete den Staatshaushalt, der ein Rekorddefizit von US-Dollars (USD) 9,7 Milliarden auswies, was 2009 3 Prozent des BIP entsprach – das erste Defizit nach mehr als zehn Jahren solider Haushaltsüberschüsse.

Die nachteiligen finanziellen Auswirkungen (-17 Prozent Rendite) auf die Pensionsfonds im Jahre 2008 führten zu innovativen Reaktionen von Seiten der Regierung, so etwa zur Ausgabe einer inflationsindizierten Anleihe mit 30-jähriger Laufzeit, um den inländischen Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften zu helfen. Als antizyklische Maßnahme setzte die dänische Regierung auch automatische Stabilisatoren ein, sodass Aktivierung, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Anreize zur Beschäftigungsaufnahme, Arbeitserfahrung und Ausbildungsprogramme automatisch aufgestockt wurden, da sie an der Arbeitslosenquote indiziert waren.

Wie viele Länder stand Dänemark vor einem echten Dilemma: Haushaltsprobleme lösen und gleichzeitig die Krise eindämmen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Die vergleichsweise geringe Armut und Arbeitslosigkeit vor und nach der Krise in Dänemark zeugt jedoch durchgängig von der Fähigkeit des Landes, mit einer schweren Rezession richtig umzugehen.

Hier betrachtete Institutionen der sozialen Sicherheit

Ministerium für soziale Sicherheit (allgemeine Aufsicht und nationale Verwaltung); lokale (Gemeinde) Behörden (Verwaltung der Renten-, Krankenversicherungs- und Mutterschaftsleistungen auf lokaler Ebene); Landesamt für Arbeitsunfälle (*Arbejdsskadestyrelsen*) (Entschädigungsansprüche der Arbeitnehmer); ATP: die Arbeitsmarkt-Zusatzrentenanstalt verwaltet das ATP-Programm; SP: die Arbeitsmarkt-Zusatzrentenanstalt verwaltet das SP-Programm.

Überblick über das System der sozialen Sicherheit

Auf der Grundlage des "Flexicurity"-Modells bietet das dänische System der sozialen Sicherheit eine einzigartige Kombination aus hohen Leistungsniveaus, Aktivierungsmaßnahmen und lockerer Arbeitnehmerschutzgesetzgebung. Es hat typisch skandinavische Merkmale wie großzügige, universelle und individuell abgestimmte Leistungen, die vor allem aus Steuermitteln finanziert werden; die Versorgung von Kindern und Pflege von älteren Menschen ist tragbar und allgemein verfügbar. Das dänische Modell hat sich jedoch in eine Mischung aus drei Elementen weiterentwickelt: 1) Arbeitsmarktflexibilität kombiniert mit

2) sozialer Sicherheit und 3) einer aktiven Arbeitsmarktpolitik mit Rechten und Pflichten der Arbeitslosen.

Dänemark hat ein komplexes dreisäuliges Rentensystem, das sich aus einer Kombination von Pauschalleistungen und beitragsabhängigen Leistungen zusammensetzt, die sich an Dauer der Berufstätigkeit und Lohn ausrichten:

- Das staatliche Rentensystem, darunter fallen: a) ein universelles Grundrentensystem mit Pauschalleistungen im Umlageverfahren, das mindestens drei Jahre Wohnsitz im Alter zwischen 15 und 65 Jahren voraussetzt, und die individuellen Beitragsbelege für b) die obligatorische Arbeitsmarkt-Zusatzrente (ATP), c) die Arbeitsmarkt-Zusatzrente für Empfänger einer Invalidenrente (SAP) und d) das Besondere Rentensparsystem (SP).
- Betriebsrentensysteme, die rund 80 Prozent der Arbeitnehmer betreffen, die von Kollektivvereinbarungen abgedeckt sind.
- Privatrenten und steuerlich subventionierte Sparformen, die bei Erreichen des 60. Lebensjahres abgerufen werden können. Es handelt sich um steuerlich abzugsfähige Beiträge zu Individualrentensystemen oder Beiträge, die auf Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber basieren (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD, 2005)).

Die Arbeitslosenversicherung ist in Dänemark freiwillig: Die Leistungen entsprechen 90 Prozent des Durchschnittseinkommens und werden fünf Tage pro Woche über einen Zeitraum von maximal vier Jahren gewährt. Um einen Anspruch zu erwerben, müssen die Betroffenen mindestens 12 Monate versichert gewesen sein.

Die Krankenversicherung zahlt bis zu USD 640¹ wöchentlich auf der Grundlage des Stundenlohns des Versicherten. Um Mutterschaftsleistungen zu beziehen, muss die Erwerbstätige mindestens 120 Stunden in den 13 Wochen gearbeitet haben, die dem Mutterschaftsurlaub unmittelbar vorausgehen.

Auswirkungen der Krise

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Im dritten Quartal 2008 war Dänemark offiziell das erste Land, dessen Wirtschaft infolge des Zusammenbruchs des Immobilienkreditmarktes in den USA im Jahre 2007 in die Rezession ging. Die Zahlen von *Statistics Denmark* (2010) zeigen, dass die dänische Volkswirtschaft vier Quartale in Folge schrumpfte (bis zum dritten Quartal 2009) und das BIP im gleichen Zeitraum um insgesamt 7,3 Prozent fiel.

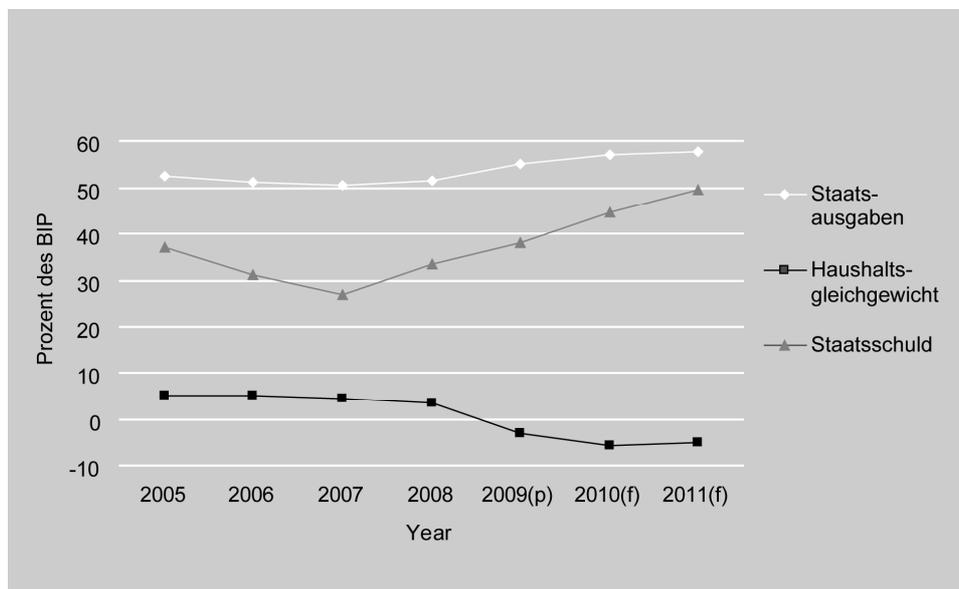
Als kleine offene Volkswirtschaft (Exporte und Importe zusammen machen jeweils rund 50 Prozent des BIP aus) wurde Dänemark besonders hart vom Zusammenbruch des Welthandels getroffen, wobei das Land immer noch einen schwierigen Anpassungsprozess nach dem Konsum- und Immobilienboom zwischen 2004 und 2007 erlebt. Konjunkturprogramme auf der Grundlage von Steuererleichterungen und höheren staatlichen Ausgaben für Krankenhäuser, Erziehung und Infrastruktur stützten die Wirtschaft, allerdings auf Kosten der Staatseinnahmen und eines höheren Haushaltsdefizits.

¹ Die Währungsumrechnungen in dieser Studie erfolgten im März 2009.

Statistics Denmark zufolge, stieg die Arbeitslosigkeit auf mehr als das Doppelte, von 1,8 Prozent im Jahre 2008 auf 3,9 Prozent im Jahre 2009. Während dieses offizielle Niveau deutlich niedriger ist als der Europäischen Union (EU)- oder OECD-Durchschnitt, bewegt sich die dänische Arbeitslosenquote nach der standardisierten Messung der Arbeitslosigkeit von EU und OECD auf dem erheblich höheren Niveau von 6,4 Prozent *Economist Intelligence Unit* (EIU, 2010). Auch wenn die genaue Arbeitslosenquote und deren Messung zu unterschiedlichen Ergebnissen führen mögen, ist ein deutlicher Trend festzustellen: Die Quote wird 2010 und bis in das Jahr 2011 hinein steigen.

Steigende Arbeitslosenzahlen werden den Staatshaushalt, der 2009 ein Defizit von USD 9,7 Milliarden bzw. 3 Prozent des BIP auswies, weiter belasten – es handelt sich um das erste Defizit nach zehn Jahren solider Haushaltsüberschüsse. Wie Schaubild 1 zeigt, bietet die rasch steigende Staatsschuld wirklich Anlass zur Sorge.

Schaubild 1. Haushaltsindikatoren, Dänemark, 2005–2011



Anm.: (p) = vorläufig (f) = prognostiziert
Quelle: EIU (2010).

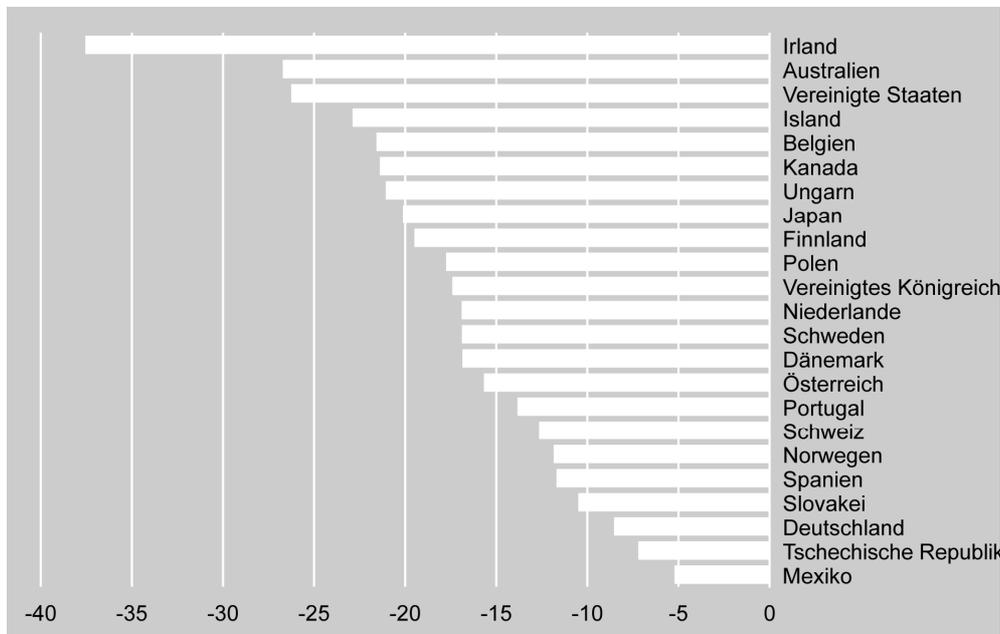
Höhere staatliche Sozialausgaben können antizyklisch und automatisch stabilisierend wirken, indem sie Nachfrage und Konsum fördern. Allerdings besteht ein erhebliches Risiko, dass eine solche expansive Fiskalpolitik im Zuge der haushaltspolitischen Konsolidierung und der Notwendigkeit, höhere Defizite und Staatsschulden zu bekämpfen, unter Druck gerät. Dies könnte zu Kürzungen bei den Ausgaben für soziale Sicherheit führen, welche sich auf die Leistungsempfänger und angesichts der geringeren Gesamtnachfrage auch auf andere nachteilig auswirken würden.

Die Finanzkrise testete die Fähigkeit der Regierung, die langfristige Tragfähigkeit und die antizyklische Rolle der Ausgaben für soziale Sicherheit miteinander in Einklang zu bringen. Was die Renten angeht, verknüpfte die dänische Regierung die Rentenansprüche mit der Finanzlage des Rentensystems, indem sie das Rentenalter an der Erhöhung der Lebenserwartung indizierte. Als sich abzeichnete, dass die Zahlungsverpflichtungen für Renten höher als das Rentenvermögen ausfallen würden, wurde der automatische Stabilisator für die Renten aktiviert.

Investitionsleistung

Schaubild 2 illustriert die negativen finanziellen Auswirkungen (-17 Prozent in Dänemark) der Krise auf die Pensionsfonds im Jahre 2008, was den automatischen Stabilisator aktivierte.

Schaubild 2. Reale Investitionsrenditen aus den Pensionsfonds, OECD-Länder, 2008 (Prozentsatz)



Quelle: OECD StatLink (<http://dx.doi.org/10.1787/635276166554>).

2008 ermöglichte die dänische Regierung die Indizierung des Rentenanspruchsalters in der sozialen Sicherheit (Turner, 2009). In seiner Antwort auf die IVSS-Erhebung stellte das Landesamt für Arbeitsunfälle fest, dass das Anspruchsalter von 65 auf 67 Jahre erhöht werden sollte.

Verwaltungskapazitäten

Angesichts des gut entwickelten Sozialschutzsystems in Dänemark und seiner Reaktionsfähigkeit über die automatischen Stabilisatoren wurde die Verwaltungskapazität hinsichtlich des Schutzes der Menschen nicht beeinträchtigt. Aufgrund der geringen Armut war die Position der Regierung in der Krisenbekämpfung besonders gut. Dänemark konnte sich einen größeren organisatorischen und haushaltspolitischen Spielraum leisten, und die Erhöhung der Sozialausgaben erlaubte es der Regierung, die Bedürftigsten und von der Rezession am meisten Betroffenen zu schützen.

Antworten auf die Krise

Stabilisierung des Finanzsektors

Die dänische Regierung reagierte auf die Krise über den Banken-Bail-out im Oktober 2008 und Februar 2009 hinaus mit innovativen Maßnahmen, um andere wichtige Finanzakteure wie Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften zu unterstützen. 2009 gab die dänische Regierung eine inflationsindizierte Anleihe mit 30-jähriger Laufzeit aus, die auf inländische

Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften zielte (Internationales Arbeitsamt (IAA, 2009a)). Diese Maßnahme verhinderte den Zwangsverkauf von Hypothekenbriefen der Pensionsfonds auf Bärenmärkten. Die OECD begrüßte diese Maßnahme, da sie Risiken bewältigt, die in Verbindung mit der Auszahlungsphase der Renten und Annuitäten stehen, und den Hypothekenbriefmarkt stabilisiert (*Council of the European Commission, 2009*).

Im Rahmen des staatlichen Rettungspakets durften private Haushalte 2009 ihre Ersparnisse aus dem Besonderen Rentensparsystem abziehen, in der Hoffnung, dass dies den privaten Konsum ankurbelt und verlorenes Einkommen der Arbeitslosen ersetzt. Durch eine aktive Fondsverwaltung seines Investitionsportfolios gelang es dem ATP (Arbeitsmarkt-Zusatzrentenfonds) auf besonders effektive und proaktive Weise, die finanziellen Verluste zu begrenzen und sich für zukünftige Krisen durch das Testen verschiedener Szenarien zu wappnen. Obwohl das ATP-System vor Steuern eine Markttrendite von -3,1 Prozent aus seinem Investitionsportfolio für 2008 erwirtschaftete, stand er damit im Vergleich zu den meisten entwickelten Ländern wesentlich besser da. Dem ATP gelang es, Zins- und Wechselkursrisiken effektiv einzugrenzen, er diversifizierte die Investitionsportfolios offensiv und betrieb umfassendes Risikomanagement. 2008 machte der ATP Gewinne in Höhe von 10,3 Milliarden Euros (EUR) aus Zinsswaps, d.h. der Kreditaufnahme zum Kauf von langfristigen Anleihen (Gosvig, 2009).

Arbeitsmarktmaßnahmen

Die Veränderungen im Bereich der Aktivierung, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Anreize zur Arbeitsaufnahme, Programme zur Fortbildung und zum Gewinn von Arbeitserfahrung für die Arbeitslosen als Reaktion auf die wirtschaftliche Rezession wurden automatisch intensiviert, als sie an der Arbeitslosenquote indiziert wurden. Die Regierung konzentrierte ihre Bemühungen auf Programme zum Gewinn von Arbeitserfahrung, kombiniert mit höheren Arbeitslosenleistungen für die Bedürftigsten, d.h. Langzeitarbeitslose und junge Menschen. Darunter waren folgende Maßnahmen:

- Am 19. März 2009 traten flexiblere Regelungen für die Kurzarbeit (*work sharing*) in Kraft, die den Unternehmen temporäre Entlassungen von Beschäftigten (bis zu 26 Wochen) unter Bezug von Arbeitslosengeld ermöglichten. Die Kurzarbeit kam verstärkt zum Einsatz, um Entlassungen zu vermeiden wie Tabelle 1 zeigt.

Tabelle 1: Zahl der von den Arbeitsämtern registrierten Fälle von Kurzarbeit (*work sharing*), 2006–2009

2006	2007	2008	2009
33	27	213	500

Quelle: OECD (2009).

Die Kurzarbeit gestaltete sich entweder in Form einer Woche am Arbeitsplatz und einer Woche ohne Arbeit mit Bezug von Arbeitslosengeld oder von mindestens zwei Wochentagen mit Leistungsbezug.

- Im September 2009 wurde ein Jugendprogramm eingeführt, um die steigende Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Fortbildung zu fördern. Dazu gehörten Berufspraktika (innerhalb von einer Woche nach der Registrierung beim Arbeitsamt) und Lese- und Schreibtests für junge Menschen ohne formale Qualifikationen etc.

- Anspruch auf und Pflicht zur Beteiligung an aktiven Arbeitsmarktprogrammen nach drei Monaten Arbeitslosigkeit für alle Arbeitslosen unter 30 Jahren (zuvor betrug die Wartefrist sechs Monate).
- Arbeitslose erhielten finanzielle Unterstützung für Fortbildung bei der Aufnahme einer neuen Tätigkeit, um die Bereitschaft der Arbeitgeber zu erhöhen, Arbeitnehmer einzustellen, die zunächst nicht qualifiziert waren.
- Im Januar 2010 wurde eine politische Vereinbarung erzielt, welche die Einrichtung von Fortbildungszentren für Erwachsene (VEU-Zentren) vorsieht, deren Zielgruppe Erwachsene mit geringer Qualifikation sind und die die Koordination mit den Trägern der Erwachsenenbildung verbessern sollen.
- Umfangreicherer Mittel für die Arbeitsämter, um eine schnellere Unterstützung der Arbeitsvermittlungsstellen zu ermöglichen, wenn die Unternehmen Entlassungen ankündigen.
- Einrichtung eines landesweiten Beschäftigungswarnsystems, um so früh wie möglich Unterstützung anbieten zu können.
- Verstärkte Überwachung der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt (d.h. der Zahl der angekündigten Entlassungen, freien Stellen etc.), auch auf Regionalebene.
- Reorganisation der staatlichen Arbeitsvermittlung auf lokaler Ebene unter einem einzigen Management, das sich um versicherte und nicht versicherte Arbeitslose und Leistungsempfänger kümmert.
- Verschärfung der Bestimmungen für den Krankenurlaub (wobei die Krankengeldbezieher Zugang zu Aktivierungsmaßnahmen erhalten).

Verbesserte Einkommensunterstützung

Ab 2010 wurden umfassende und erhebliche Erleichterungen bei der Einkommenssteuer eingeführt. Der Grenzsteuersatz wurde für 10 Prozent der Arbeitnehmer um 21 Prozentpunkte reduziert (von 63 auf 42 Prozent). Vor kurzem wurde auch ein "grüner Bonus" eingeführt, um Haushalte für höhere Ökosteuern und Verbrauchssteuern im Gesundheitsbereich zu kompensieren.

Verstärkte Unternehmensförderung

Ab 2008 gab die Regierung Kleinunternehmen beim Einkauf den Vorzug und vergab direkte Subventionen oder Zugang zu Krediten an Betriebe, die von der Rezession besonders stark betroffen waren (z.B. die Fahrzeugproduktion, Klein- und Mittelbetriebe). Die Stundung von Unternehmenssteuerzahlungen und Sozialversicherungsbeiträgen – eine Maßnahme, die angesichts der Krise eingeführt wurde – wird fortgesetzt.

Investitionen in die Infrastruktur im Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsbereich

Die Regionalbehörden des dänischen Staates tätigen gegenwärtig Investitionen in Höhe von USD 6,4 Milliarden in die Infrastruktur des Gesundheitswesens, darunter für den Bau von fünf großen neuen Krankenhäusern und die Renovierung von 11 bestehenden. Die

Gemeinden planen auch umfassende Renovierungen von Schulen und Kindergärten. Die Finanzvereinbarung zwischen den Regionen und der Zentralregierung von 2010 sieht rund USD 133 Milliarden für eine bessere Finanzausstattung des Gesundheitswesens vor.

Lehren aus der Krise

Die Wirtschaftsrezession zeigte in erster Linie, dass Systeme der Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung funktionstüchtig sind und automatisch ausgebaut werden können, wenn geeignete institutionelle Kapazitäten vorhanden sind. Zweitens belegte sie die Bedeutung expansionsfähiger Systeme der sozialen Sicherheit, die bereits vor der Krise bestanden, um soziale Sicherheit und Aktivierungsmaßnahmen für die Arbeitslosen und andere Personen anzubieten. Eine vergleichsweise geringe Armut und Arbeitslosigkeit in Dänemark vor und nach der Krise bezeugen dies. Die IVSS-Erhebung zur Finanzkrise verdeutlicht auch, dass aufgrund der bestehenden universellen sozialen Deckung keine weiteren Maßnahmen zur Armutsbekämpfung nötig waren.

Weniger klar ist allerdings die finanzielle Tragbarkeit der steigenden Sozialausgaben Dänemarks. Die aktuelle Krise hat die Finanzen vieler Systeme der sozialen Sicherheit belastet, und die Teilnehmer der Erhebung halten fest, dass die Diskussion über die Rentensysteme, etwa die Frage des Vorruhestandes, weitergeht. Die Krise hat die Anfälligkeit der von den Finanz- und Kapitalmärkten abhängigen Rentensysteme herausgestellt, aber auch die relative Effektivität innovativer Investitionsstrategien.

Der staatliche ATP-Fonds hält die Risiken möglichst gering, indem er die Zahlungsverpflichtungen des Rentensystems in einem von seinem stark diversifizierten Investitionsportfolio getrennten Portfolio verwaltet und sich darauf konzentriert, die mit den Investitionen verbundenen *Tail Risks* (extreme Risikosituationen), insbesondere bei Aktien und Rohstoffen, zu beseitigen. Dank einer effizienten staatlichen Regulierung und Aufsicht sowie einer vorsichtigen Nutzung moderner Investitionstechniken des Privatsektors bietet der dänische ATP ein Rentensystem mit hoher langfristiger Sicherheit und Berechenbarkeit für den Einzelnen (Gosvig, 2009). Schließlich unterstreicht das dänische Beispiel aus einer breiteren Perspektive die Notwendigkeit, ein effektives Gleichgewicht in der Risiko- (und Rendite)verteilung zwischen dem Individuum und dem Staat sowie zwischen einem System im Umlageverfahren (das dem Risiko demografischer Veränderungen wie der Alterung der dänischen Bevölkerung ausgesetzt ist) und einem rein kapitalgedeckten System (das von unvorhergesehener Inflation bedroht wird) zu finden.

Schlussfolgerungen

In den Jahren 2008–2009 erlebte Dänemark von allen europäischen Ländern einen der längsten Wirtschaftseinbrüche. Eine expansive Fiskalpolitik, darunter Einkommenssteuerkürzungen und vermehrte Ausgaben für die Infrastruktur im Sozial- und Gesundheitswesen waren Teil einer Krisenbekämpfungsstrategie, welche die Wirtschaft durch eine Stimulierung der Nachfrage und die stützende Wirkung des Sozialschutzes wiederbelebten. Aber die Reaktionen waren nicht nur haushaltspolitischer Natur und auf das Land selbst beschränkt. Wie das staatliche ATP-Rentensystem zeigt, reagierten die Träger der sozialen Sicherheit individuell innovativ und dynamisch auf die Krise, indem sie offensiv nicht nur ihre Verluste so gering wie möglich hielten, sondern auch von der wirtschaftlichen Erholung profitierten, sobald diese eintrat.

In einem antizyklischen Ansatz verwendete die dänische Regierung automatische Stabilisatoren, um die Systeme der sozialen Sicherheit zu erhalten und auf die Bedürftigsten

in der Gesellschaft auszuweiten. Eine Vielzahl von Maßnahmen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik wurde durchgeführt, und die Ausdehnung der Kurzarbeit wurde von den dänischen Unternehmen begrüßt. Eine neuere OECD-Studie zeigt auch, dass Dänemark an der Spitze der Länder steht, in der die meisten (62 Prozent) der zukünftigen Bezieher niedriger Einkommen Renten in Höhe von 20–25 Prozent des Durchschnittseinkommens beziehen werden (der OECD-Durchschnitt liegt bei 36 Prozent) (OECD, 2009a).

Auf politischer Ebene allerdings geht die Kontroverse über die langfristige Tragfähigkeit einer derart umfangreichen Deckung der sozialen Sicherheit weiter, da es beim Einsatz automatischer Stabilisatoren eine Grenze für Kreditaufnahme und Effizienz gibt. Erstens ist der dänische Staat nicht der einzige, der eine Nachkrisenverschuldung prognostiziert, die über der 3-Prozentgrenze des BIP liegt, die der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU vorschreibt. Wie viele Länder steht Dänemark vor einem echten Dilemma: Haushaltsprobleme lösen und gleichzeitig die Krise eindämmen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.

Zweitens nimmt mit den Steuererleichterungen die Möglichkeit simultaner Ausgaben zu, d.h. es ist fragwürdig, Geld aus einer schwachen Wirtschaft abzuziehen (OECD, 2009b). Zudem könnten Dänemarks neuere Versuche, die Wirtschaft zu stabilisieren, aufgrund zeitlicher Verzögerungen letztlich destabilisierend wirken (IAA, 2009b). Großzügige Einkommenssteuerkürzungen zu Anfang des Jahres 2010 – mehr als anderthalb Jahre nach Eintritt des Landes in die Rezession und sechs Monate nach Erholungsbeginn – könnten wirtschaftliche Anreize zum falschen Zeitpunkt setzen. Das Problem des Zeitpunkts der Interventionen könnte sich noch verschärfen, wenn man die Möglichkeit einer doppelten globalen Rezession ins Auge fasst.

Abgesehen davon ist das dänische System der sozialen Sicherheit jedoch gut gerüstet, um mit schweren Rezessionen fertig zu werden, so unterzieht ATP seinen Fonds regelmäßigen Stresstests, die dessen Sicherheit bestätigen. So ist die Frage weniger, ob das dänische System der sozialen Sicherheit Krisen bewältigen kann, sondern eher mit welchen Mitteln es dies tut.

Quellen

- Council of the European Commission. 2009. Second joint assessment by the SPC and the EC of the social impact of the economic crisis and of policy responses. Brüssel, Social Protection Committee.
- EIU. 2010. *Country forecast: Denmark*. Economist Intelligence Unit. Verfügbar auf <http://www.eiu.com> (abgerufen am 16. Februar 2010).
- Gosvig, M. 2009. *Case study: Denmark*, paper presented to ISSA Seminar on Social Security in Times of Crisis: Impact, Challenges and Responses. Genf, 24.–25. April.
- IAA. 2009a. "Responding to the economic crisis", *World Social Security Report 2010*. Genf, Internationales Arbeitsamt.
- . 2009b. *Response to the economic and social crisis* (März). Genf. Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes.
- OECD. 2005. "Aging and employment policies: Denmark". Paris. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
- . 2009a. "Growing unequal?" Income distribution and poverty in OECD countries. Paris, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
- . 2009b. "Pensions and the crisis: How should retirement-income systems respond to financial and economic pressures?" in *summary of Pensions at a Glance*, 2009. Paris, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Statistics Denmark. 2010. Database. Verfügbar auf <http://www.dst.dk> (abgerufen am 15. Februar 2010).

Turner, J. 2009. Social security financing: Automatic adjustments to restore solvency. Washington, DC, AARP Public Policy Institute.

Promoting and developing social security worldwide
Promouvoir et développer la sécurité sociale à travers le monde
Promover y desarrollar la seguridad social en el mundo
Soziale Sicherheit weltweit fördern und entwickeln
Развиваем и поддерживаем социальное обеспечение во всем мире
دعم و تطوير الضمان الإجتماعي عبر العالم
促进和发展全球社会保障